

Ressort: Politik

Lesben und Schwule in der Union fordern Gespräch mit AKK

Berlin, 06.03.2019, 00:00 Uhr

GDN - Der Vorsitzende des Bundesverbands der Lesben und Schwulen in der Union (LSU), Alexander Vogt (CDU), fordert wegen des umstrittenen Scherzes von Annegret Kramp-Karrenbauer über intersexuelle Menschen ein klärendes Gespräch mit der CDU-Chefin. "Gerade im Karneval darf man diese Grenze überschreiten. Das gilt auch für das Kabarett und die Satire. Aber es gibt Grenzen", sagte Vogt der "Welt" (Mittwochsausgabe).

Diese Art von Humor sei ein Ventil, um sich nach oben Luft zu machen. "Über spezielle Gruppen kann man dann Witze machen, wenn man ein Teil dieser Gruppe ist oder diese beispielsweise in einer an sich starken Position ist und sich adäquat wehren kann." Passiere das aber von außerhalb der Gruppe, solle man zumindest sehr genau abwägen. "Gerade wenn es Minderheiten mit zum Teil sehr schwierigen bis gar tragischen Biographien betrifft, wie hier bei Transidentität und Intersexualität oft der Fall, ist das für mich nicht mehr witzig. Wenn ich jemanden als Zielscheibe des Humors nehme, der sowieso schon schwach ist, wird es haarig. Das ist hier passiert, und das prangern wir an. Wir fordern mehr Sensibilität ein." Vogt kritisierte außerdem die Stellung der LSU innerhalb der Union: Der Verband sei in der Partei zwar nicht mehr marginalisiert. "Aber wir sind noch weit davon entfernt, gleichberechtigt zu sein." Er wünsche sich, dass sich das ändert; immerhin mache sich sein Verband auch für die Rechte von fünf bis acht Prozent der Parteimitglieder stark. "Aber wir sind noch weit davon entfernt, gleichberechtigt zu sein." In Nordrhein-Westfalen und Berlin habe man zwar einen offiziellen Status und sitze in manchen Bundesländern mit beratender Stimme in den Landesvorständen. "Aber das ist noch nicht flächendeckend der Fall. Auf Bundesebene gibt es das überhaupt nicht. Wir haben keinen offiziellen Status und bekommen keine finanzielle Unterstützung. Ich wünsche mir, dass sich das ändert." Mit Kramp-Karrenbauer habe man darüber bereits geredet. "Da werden wir auch nicht mehr lockerlassen." Über Äußerung von Kramp-Karrenbauer zu der Ehe für alle habe er sich auch geäußert, sagte Vogt weiter. Kramp-Karrenbauer hatte 2015 gesagt: Führe man die Ehe für alle ein, seien auch andere Forderungen nicht auszuschließen, "etwa eine Heirat unter engen Verwandten oder von mehr als zwei Menschen". Mit diesem Teilbereich habe sie ein Problem, aber ein grundsätzliches sei es nicht, so Vogt. "Das würde auch meiner Erfahrung mit ihr widersprechen." Niemand sei nur schwarz oder weiß. "Wenn aber mal so ein schwarzer Fleck erscheint, müssen wir das benennen. Deshalb erwarte ich von ihr ein Gespräch. Das fordern wir jetzt ein."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-121101/lesben-und-schwule-in-der-union-fordern-gespraech-mit-akk.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com